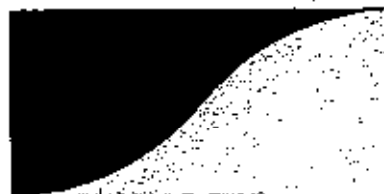


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 66 846 pbbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Uwe Holtz MdB zum China-Besuch des Außenministers: Geschäft ohne Moral?

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB erinnert an den 54. Jahrestag der "Reichspogromnacht": Wer Schlimmeres verhüten will, muß den Anfängen wehren.

Seite 2

Antje-Marie Steen MdB zum neuen Plenarsaal: Nur für olympiareife Besucher geeignet?

Seite 4

### Dokumentation

Norbert Wiczorek MdB warnt in einem Brief vor unseriösen Umzugskostenspekulationen. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut.

Seite 5

47. Jahrgang / 215

6. November 1992

### Geschäft contra Moral?

**Königs Chinabesuch hat falsches Signal gesetzt**

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

**Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

"Normalität", wie sie der Bundesaußenminister in den deutsch-chinesischen Beziehungen durch seinen Besuch in Peking hergestellt sieht, läßt sich nicht einfach herbeireden. Normalität wird erst durch die Wirklichkeit selbst, die ganze Wirklichkeit, hergestellt. Politisch ist es ohne Zweifel wichtig, mit Machthabern, gleich welcher Couleur, auch denen, die für das Massaker auf dem Platz des Himmischen Friedens verantwortlich sind, in Dialog zu treten. Falsch ist es jedoch, Diktaturen durch eine großzügige Zusammenarbeit zu honorieren, wie es jetzt gegenüber dem kommunistischen China geschieht - sowohl in den wirtschaftlichen als auch den developmentpolitischen Beziehungen. Falsch ist es auch, die Frage der Bedeutung der Menschenrechte als politisch nachrangig, wenn nicht gar vernachlässigenswert, gegenüber den wirtschaftlichen Beziehungen anzusetzen. Hat sich der Bundesaußenminister vielleicht sein Gewissen in dieser Frage von geschickten Geschäftsleuten in der Pekinger Regierung abkaufen lassen? Geschäft contra Moral?

Die Halbwertszeit des großartig verkündeten moralischen Anspruchs der deutschen Außenpolitik ist offensichtlich sehr kurz. Am 23. September 1992 noch hatte der Bundesaußenminister vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet: "Der Schutz der Menschenrechte bleibt ein zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik." Und weiter: "Wir werden dafür kämpfen, daß Untaten, von wem auch immer begangen, geahndet werden. Niemand soll sicher sein dürfen, hierüber würde der Mantel des Vergessens ausgebreitet." Peking lehrt uns etwas anderes: Der Bundesaußenminister war offensichtlich gerade in den Mantel des Vergessens gehüllt, als er mit den chinesischen Machthabern am Tisch saß. Er hat seinem Ansehen und dem unseres Landes keinen Dienst erwiesen, indem er die Menschenrechte für ein paar Silberlinge auf der Bedeutungsskala nach unten rutschen ließ, um so freie Hand für andere, realpolitisch einträglichere Dinge zu bekommen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
with normal paper  
Recycling-Paper



Normalität in den Beziehungen kann sich erst entwickeln, wenn China sich in der Menschenrechtsfrage bewegt, politische Gefangene freiläßt und der Bevölkerung demokratische Mitspracherechte bei der Gestaltung ihrer Gesellschaft einräumt. Bis dahin muß man alles gegenüber China unterlassen, was als Unterstützung des Regimes verstanden werden kann. Ich gebe zu: eine schwierige Gratwanderung, wenn Hilfe gegenüber der notleidenden Bevölkerung und bei systemunabhängigen Notwendigkeiten, wie Umweltschutz, nicht vernachlässigt werden soll.

Kinkels Chinabesuch hat ein falsches, ein gefährliches Signal für die Menschenrechts- und Demokratieentwicklung gesetzt. Im Zweifel wird es in Zukunft jeweils heißen, Geschäft geht vor. Am Ende steht dann das Ende der Moral, der Glaubwürdigkeit der Politik, der Hoffnung der Gefolterten und Verfolgten. Ich würde es für außerordentlich töricht halten, wenn der Bundestag seinen bis zum Ende des Jahres stornierten China-Beschluß gänzlich aufheben würde. Zudem ist der Entwicklungsminister aufgefordert, anhand der - in der Sache begrüßenswerten - Kriterien entwicklungspolitischer Zusammenarbeit die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit mit China noch einmal zu überprüfen.

Ip der Menschenrechtsfrage operiert die Bundesregierung ohnehin mit doppelten Standards. Die Formel lautet: kleines Land und wenig Geschäft gleich hohe Bedeutung der Menschenrechtsfrage (zum Beispiel Haiti und Burma), aber: großes Land und viel Geschäft gleich geringe Bedeutung der Menschenrechtsfrage, wie im Falle Chinas.

Wenn Normalität in den Beziehungen zwischen Ländern in Zukunft davon abhängig sein sollte, ob ein Land uns viel nützt, egal, ob es sich dabei um Totschlägerregimes handelt, dann wäre jeder Anspruch auf eine Politik, die eine humanere, gerechtere, sozialere Gestaltung der Gesellschaften will, verloren gegangen. Gerade den Zerfall von Politikfähigkeit aber zu verhindern, ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Wie heißt es doch im Grundgesetz in Bezug auf die Menschenrechte? Menschenrechte sind "die Grundlage jeder menschlichen Gesellschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt". Diese realpolitische Erkenntnis sollte die Bundesregierung nicht verdrängen

(-/6. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Wer Schlimmeres verhüten will, muß den Anfängen wehren!**  
Gedanken zum 9. November, dem 54. Jahrestag der "Reichspogromnacht"

Von Ernst Waltemathe MdB

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten Synagogen, Geschäfts- und Wohnhäuser. 91 Todesopfer und 30.000 Verschleppungen in Hitlers Konzentrationslager waren die Bilanz. Die verniedlichend "Kristallnacht" genannte, staatlich gesteuerte Randalie war keineswegs der Anfang, sondern eher der Scheitelpunkt der rassistischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten.

War keiner dabei? Hat niemand etwas gewußt? Ist nicht nur der Tod ein Meister aus Deutschland? Sind auch Gleichgültigkeit, blinder Befehlsgehorsam und Autoritätengläubigkeit Meister aus Deutschland?

Schon 1933 nach der Machtergreifung hatten sich genügend Wissenschaftler gefunden, die zum Zwecke dieser Ausrottung eine angeblich wissenschaftliche Theorie für die Machthaber erdichteten, denn in Deutschland geht man logisch, systematisch, bürokratisch und effektiv ans Werk. Im Land der Richter und Henker begann die Vernichtung und Diskriminierung schon in der Sprache. Pseudowissenschaftliche Theorien definierten nicht nur die Juden als "minderwertig", "lebensunwert" und "volksschädlich", sondern letztendlich alle Andersdenkenden und -aussehenden. Intellektuelle, Ärzte, Juristen und große Teile der offiziellen Kirche machten sich zu Handlangern dieser menschenverachtenden Machthaber.

So wurde bereits am 14.07.1933 das "Erbgesundheitsgesetz" erlassen, das Begriffe wie "Auslese" der "Minderwertigen" gegen die "Entartung" des "Volkkörpers" enthielt. Dieses Gesetz war die Grundlage für Zwangssterilisationen bis hin zur Euthanasie, also Mord, der Ärzten staatlich befohlen und von ihnen ausgeübt wurde.

Ab dem 15.09.1935 schied das Reichsbürgergesetz die Bevölkerung Deutschlands in bloße Staatsbürger und damit Rechtlose und Reichsbürger, also "echte" Deutsche.

Das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verbot Eheschließungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern. Jüdische Mitbürger wurden mit Hilfe von Berufsverboten, Schulentlassungen und Streichungen staatlicher Hilfen ausgegrenzt und konsequent entrechtet. Mit den Mitteln der nazistischen Rechtsetzung wurde die Diskriminierung der Juden effizient vorangetrieben. Die Reichspogromnacht offenbarte dann, daß die Jagd auf das Leben dieser Rechtlosen eröffnet war, die in der akribisch bürokratisch geplanten Massenvernichtung endete.

Schon diese verkürzte nüchterne Darstellung mahnt uns heute: Wieder brennen die Häuser der Fremden, Andersartigen. Gewiß nicht staatlich befohlen oder ermuntert! Aber: Jetzt sind es Asylbewerber, also Schutzsuchende und Ausländer, doch wieder ist es der gleiche Ungeist, in dessen Namen gebrannt, geplündert, vergewaltigt und ausgegrenzt wird. Auch heute ist wieder die Rede davon, daß Deutschland den Deutschen gehöre, und wieder müssen alle brennen, die fremdartig aussehen. Wieder stehen genügend dabei und schauen zu. Der Rechtsstaat muß mit der Härte des Strafgesetzbuches durchgreifen und die Attentäter hart bestrafen wie vormals die Linksterroristen.

Gerade jetzt ist es wichtig, an die Reichspogromnacht zu erinnern, damit nicht wieder im Gleichschritt gegen Andersaussehende und -denkende Gewalt ausgeübt wird. Ich hoffe, daß viele auf den Straßen demonstrieren werden für Menschenwürde, Toleranz und Demokratie und nicht einfach zuschauen. Solange auch nur ein Fremder sich in unserem Lande fürchtet, müssen wir alle auf die Straße gehen. Gerade die Menschen, die ihre Heimat in Lebensgefahr verlassen haben und als Asylsuchende zu uns kamen, sind die Schutzbefohlenen unseres Rechtsstaates. Es darf doch nicht sein, daß sie hier wieder um ihr Leben fürchten müssen.

Laßt uns endlich die richtigen Schlußfolgerungen aus unserer Vergangenheit ziehen, damit Artikel 1 unseres Grundgesetzes keine leere Phrase bleibt. Wir sind alle Menschen, egal welcher Nationalität, Religion, Hautfarbe oder welchem Geschlecht wir angehören. Wir wollen keine Fronten zwischen uns treiben lassen. Wir wollen nicht unkritisch mitmarschieren, wenn wieder gegen "die Andersartigen" Gewalt und Gesetz angewendet wird. Wir lassen uns keine gesellschaftsbedingte Moral oktroyieren, die zur Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen führt. Es gibt keine neuen und keine alten Werte: Es gibt nur die Werte. Wir wollen für die Toleranz und Menschenwürde und Demokratie demonstrieren, damit nie mehr ein solches Unrecht am Menschen hier geschieht. Niemand kann heute sagen, er habe von nichts gewußt. Die Gegenwart ist das Produkt der Vergangenheit, laßt uns deshalb aus ihr lernen, damit wir eine bessere menschengerechtere Zukunft schaffen können.

Fast überall auf der Welt sind wir Ausländer. Laßt uns endlich Toleranz üben!

(-/6. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Der neue Plenarsaal:  
Nur für olympiareife Besucher geeignet?**

Von Antje-Marie Steen MdB  
Stellvertretende Sprecherin in der AG Gesundheit

Nachdem die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die prägende, symbolische Bedeutung historischer Architektur des neuen Zentrum des Bonner Bundeshauses mit anerkennenden und bewundernden Worten gewürdigt hatten, kamen am Wochenende über 100 000 Bürgerinnen und Bürger, um den den neuen Plenarsaal, Sinnbild einer transparenten und offenen Demokratie, zu besichtigen.

Architekten sind Künstler. Und so ist der Neubau des Parlamentsgebäudes eine *architektonische Komposition*. Doch auch ein "künstlerisches Gebäude für die Geschichte" muß sich daraufhin abklopfen lassen, inwieweit es benutzerfreundlich und funktionstüchtig ist.

Bei meinem Rundgang durch den neuen Plenarsaal - und natürlich habe ich, ganz und gar parteilich, Beobachtungsschwerpunkte auf die Umsetzung **barrierefreier Gestaltung** gelegt! - mußte ich feststellen: zum Händereiben und Schulterklopfen ist nicht die Zeit! Lege ich Ausführungen der **DIN-NORMEN FÜR BARRIEREFREIES BAUEN IN ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHEN GEBÄUDEN UND ARBEITSSTÄTTEN** zugrunde, so müssen schwerwiegende Kritik- und Gefahrenpunkte deutlich benannt werden:

Die dicken, glatten Holzholme an der breit angelegten Treppe im Eingangsbereich passen sicherlich gut in das imposante Bild dieses Eingangs - aus künstlerischer Perspektive. Für Menschen, die auf die Nutzung des Treppengeländers angewiesen sind, stellt die **offensichtlich fehlende Griffsicherheit** ein hohes Gefahrenpotential dar und hat bereits zu einem bösen Sturz geführt.

Daß bei den **Treppenaufgängen** im Tribünenbereich jegliche Haltevorrichtung fehlt, ist geradezu verantwortungslos.

Das einheitliche Grau der Stufen, ohne deutliche Kennung der Absätze durch Material- oder Farbwechsel zum Beispiel, potenziert die ohnehin hier vorhandene Unfallgefahr - nicht nur für Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit! - zusätzlich.

Können wir in Zukunft nur noch "olympiareifen" Besucherinnen und Besuchern eine Besichtigung erlauben?

**Optisch schwer zu unterscheidende Ebenen**, und damit potentielle Gefahrenstellen, gibt es an etlichen weiteren Stellen im Gebäude. Am Übergang vom Restaurant zur Bar z.B. laufen zwei unterschiedliche Ebenen zusammen. Die schräge Verbindungsebene ragt derart in den Raum hinein, daß ihre Kante zu einer regelrechten Stolperfalle wird.

Stolper- und Verletzungsgefahr, so müssen sich die Konstrukteure sagen lassen, geht auch von den zahlreichen **künstlerischen Gebilden** aus, die z.T. weit und wenig übersichtlich in den Raum hineinragen. Sensorisch oder motorisch beeinträchtigte Menschen sind diesen Gefahren ganz besonders ausgeliefert.

Im Sinne behindertengerechter Bauweise sind die Sanitäranlagen unter dem Eingangsbereich ausgerüstet. Die äußerst eingeschränkte Bewegungsfläche vor dem **eigentlichen Eingang zum Sanitärbereich**, sowie die Schwere und der nach *außen* sich bewegende Öffnungsradius der Tür jedoch zeugen von völliger Unkenntnis der DIN-Normen für barrierefreies Bauen.

Die so wunderbar mit entsprechenden Geräten ausgerüsteten Sanitäräume sind für viele Menschen gar nicht erreichbar!

**Halb- oder vollautomatisch zu bedienende Türen** sind hier unerlässlich. Eine Nachrüstung solcher Türen ist erfahrungsgemäß sehr kostspielig. Die Konstrukteure müssen sich fragen lassen, warum wieder einmal nicht daran gedacht worden ist, **grundsätzlich barrierefrei** zu

denken, zu planen und zu bauen! Oder sollten wir nur den entsprechenden Knopf nicht gefunden haben ...?

Äußerst scharf zu kritisieren ist die Konstruktion der **Rampe zum Rednerpult**. Daß nicht nur "in Stufen gedacht" wurde, ist zwar sehr erfreulich, doch bei einer Steigung der Rampe von 11 % besteht eindeutig **Sturzgefahr**. Jeder Weg, jede Straße mit einem derartigen Höhenunterschied muß mit Warnschildern ausgerüstet sein! Die zulässige baurechtliche Steigung darf nicht mehr als 6 % betragen. Eigenständig wird kein Rollstuhlfahrer diesen Höhenunterschied überwinden können!

Die Hoffnung bleibt, daß der Haushaltsausschuß einen kräftigen "Nachschlag" bewilligt, um das Plenargebäude so nachzurüsten, daß es für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich und erlebbar wird - sprich barrierefrei und kommunikationsfördernd!

(-/6. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Umzugskosten nur auf der Grundlage seriöser Berechnungen erörtern

Helmut Wieczorek MdB setzt sich in einem Brief an den Vorsitzenden der Baukommission beim Ältestenrat des Deutschen Bundestages mit unseriösen Umzugskostenpekulationen auseinander. Wir dokumentieren den Brief an Dr. Dietmar Kansy im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Dr. Kansy,

mit Interesse habe ich Ihre Presseverlautbarungen vom 3. November 1992 gelesen. Darin haben Sie sich gegen "unseriöse Kostenspekulationen" im Zusammenhang mit dem Umzugsbeschluß des Deutschen Bundestages gewandt. Bezug genommen haben Sie dabei offensichtlich auf eine detaillierte Kostenschätzung, die im Handelsblatt am 26. Oktober 1992 erschienen ist und als unteren Kostenrahmen einen Betrag von über 70 Milliarden DM angegeben hat.

Die Bundesbürger erfahren tagtäglich von neuen Belastungen und Steuererhöhungen, die auf sie zukommen sollen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird immer krisenhafter. In einer solchen Lage sind wir als Abgeordnete verpflichtet, besonders sparsam mit den uns anvertrauten Steuergeldern umzugehen, insbesondere, wenn unsere eigenen Belange berührt sind. Mir liegt deshalb daran, die Widersprüche zwischen Ihren Berechnungen und dem Handelsblatt-Artikel, der sich im wesentlichen auf Angaben der Bundesregierung bezieht, aufzuklären. Dann kann entschieden werden, welche Berechnungen seriös und welche unseriös sind.

Übereinstimmung besteht in der Angabe von 10,2 Milliarden DM für die Regierungs- und Parlamentsneubauten in Berlin, die auf Angaben des Bundesbauministeriums zurückgehen. Unklar ist, wieso Sie auf lediglich drei Milliarden DM für wohnungs- und umzugsbedingte Verkehrsbauten kommen. Laut Bundesbauministerin sind allein für den Neubau von 10.000 Wohnungen 1,6 bis 2 Milliarden DM angesetzt (vgl. Kroppenstedt-Bericht). Außerdem sollen etwa 4.000 Altlieferwohnungen renoviert werden, wozu mir vom BMBau keine Preisangaben vorliegen. Das Bundesfinanzministerium schätzt für Wohnungsbaumaßnahmen insgesamt 2,5 bis 3 Milliarden DM, allerdings nur für Regierungsmitarbeiter, noch nicht für die rund 5.000 Mitarbeiter des Parlamentes. Von den insgesamt notwendigen Verkehrsausgaben von 35 Milliarden DM in Berlin entfallen laut Bundesfinanzminister 3,3 Milliarden DM allein auf umzugsbedingte Ausgaben. Rechnet man allein diese Zahlen zusammen, so ergeben sich 6,3 Milliarden DM für Verkehrs- und Wohnungsbauten. Also mehr als das Doppelte der von Ihnen genannten Summe von rund 3 Milliarden DM.

Dabei sind auch diese 6,3 Milliarden noch tief geschätzt. Völlig unklar ist beispielsweise, wie für 2 Milliarden DM 10.000 Wohnungen in Berlin bereitgestellt werden sollen. Schon nach gegenwärtigen Quadratmeterpreisen bekommt man dafür höchstens 10.000 Wohnungen mit je 50 m<sup>2</sup> - und die Vorstellung ist doch nicht, nur Appartements für alleinstehende Sekretärinnen zu bauen!

Auch bei den umzugsbedingten Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sind die angegebenen 3,3 Milliarden DM nicht alles. Die umzugsbedingten zusätzlichen Anbindungen des geplanten Flughafens und die ICE- und Transrapid-Anschlüsse an den Spreebogen sind nach meinen Informationen darin noch gar nicht mitenthalten.

Des weiteren fehlen in Ihrer Aufstellung die sonstigen Infrastrukturkosten, die selbst mit 2,3 Milliarden DM im Handelsblatt-Artikel mir eher niedrig angesetzt schienen. Zurecht wird dort auch darauf hingewiesen, daß die Bundesländer neue Landesvertretungen in Berlin errichten müssen. Diese Kosten müssen ebenfalls vom Steuerzahler getragen werden. Auch dieser Betrag fehlt bei Ihnen.

Schließlich muß eine seriöse Berechnung die Kosten einbeziehen, die für Strukturhilfemaßnahmen für die Bonner Region, die vom Bundestag mitbeschlossen worden sind, anfallen werden. Auch der Ansatz der Kreditkosten ist schlüssig, denn - wie wir alle wissen - hat der Bund das Geld nicht bar auf der Hand, sondern muß es über Schulden und Steuererhöhungen eintreiben. Die immensen Zinskosten, die m.E. im Handelsblatt ebenfalls erheblich untertrieben angegeben sind, sucht man in Ihrer Aufstellung vergeblich.

Unabhängig von unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten müssen wir als Politiker mit Besorgnis feststellen, daß die Bürger uns Politikern sehr skeptisch gegenüberstehen. Gerade dann sollten wir, das ist meine Überzeugung, tunlichst vermeiden, mit halben Wahrheiten oder falschen Zahlen an die Öffentlichkeit zu gehen. Davon haben die Bürger mehr als genug. Dies dient nur den Rattenfängern an den Rändern der politischen Szene. Mehr Politikverdrossenheit können wir uns wahrlich nicht erlauben!

Kein Verständnis habe ich deshalb auch für die ständigen Appelle, nicht mehr über die Kosten des Umzuges zu diskutieren. Soll dies denn heißen, daß wir ein schlechtes Gewissen gegenüber den Bürgern haben müssen und deshalb die Kosten geheimzuhalten seien? Dies wird nicht gelingen. In meinem Wahlkreis zumindest werde ich zunehmend auf diese Ausgaben und deren Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Steuererhöhungen und Leistungskürzungen angesprochen.

Ich darf Sie deshalb bitten, mich darüber aufzuklären, wieso Sie in Ihrer Berechnung Zahlen angeben, die zum Teil deutlich unter den Angaben der Bundesregierung liegen, und wieso Sie auf erhebliche Kostenfaktoren völlig verzichtet haben. Zumindest sollte man vor diesem Hintergrund mit dem Begriff der Unseriosität vorsichtig umgehen. Ich bitte Sie, mit Blick auf das oben festgestellt, um Verständnis darum, daß ich diesen Brief aufgrund des allgemeinen Interesses der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben werde.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Wiczorek

(-/6. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*